

# Rettet Europa! Ohne den Euro?

Von **Andreas Nölke**

Derweil in Brüssel das zweite Rettungspaket für Griechenland geschnürt wird, mehren sich die Stimmen derer, die für einen Ausstieg aus der Rettungslogik im Rahmen der EU-Währungsunion plädieren. Dazu zählt auch Andreas Nölke, Politikwissenschaftler an der Universität Frankfurt am Main mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie. Er plädiert im Folgenden für die Rückkehr zum kooperativen Liberalismus der „goldenen Jahrzehnte“ (Eric Hobsbawm). Die Debatte wird fortgesetzt. – D. Red.

**L**inksliberale Analytiker der aktuellen Krisenpolitik der Europäischen Union (EU) sind sich einig, dass diese in vielerlei Hinsicht fehlgeleitet ist. Insbesondere die den Krisenländern verordnete Sparpolitik wird vehement abgelehnt. Schon die Sparpolitik der 1930er Jahre und die nach der globalen Schuldenkrise der 80er Jahre eingeführten Strukturanpassungsprogramme in der sogenannten Dritten Welt hätten gezeigt, dass strikte Sparmaßnahmen eine Wirtschaftskrise nur verschärfen. Notwendig sei hingegen eine solidarische Unterstützung der Bevölkerung in den Krisenländern.<sup>1</sup>

So weit, so richtig. In einem Punkt besteht jedoch eine bemerkenswerte Übereinstimmung der meisten linksreformistischen Analysen mit den jüngsten Schritten der mehrheitlich konservativen EU-Regierungen – nämlich hinsichtlich der Hoffnung, dass diese Schritte zu einer Fiskalunion und damit zu einer deutlichen Stärkung der wirtschaftspolitischen Kompetenz der EU führen werden. Zwar unterscheiden sich die Vertreter des linken Spektrums in Bezug auf die spezifische Ausgestaltung dieser supranationalen Elemente deutlich von den entsprechenden Vorstellungen der deutschen Bundesregierung – im Vordergrund steht für sie nicht die Durchsetzung einer Sparpolitik in den verschuldeten Ländern, sondern eine progressive Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik –, aber grundsätzlich ist man sich lagerübergreifend einig, dass die Zukunft in einer stärker supranationalen EU liegt. Mit Hilfe der Fiskalunion soll der Zugriff der Unionsebene auf die nationale Haushaltspolitik justitiabel gemacht oder gleich ein „europäischer Finanzminister“ eingeführt werden.

Diese Vorschläge gehen jedoch allesamt in eine falsche Richtung, selbst wenn damit die Hoffnung auf eine politische Einigung Europas verbunden wird. Diese Hoffnung scheint sich nicht zu erfüllen, wie die täglich wachsenden Ressentiments in Griechenland und Italien, aber auch in Deutsch-

1 Vgl. z.B. Karl Georg Zinn, Die Krise in der Krise, in: „Blätter“, 2/2012, S. 45-52; Herbert Schui, Methode Merkozy: Wie Europa zu Tode gespart wird, in: „Blätter“, 1/2012, S. 66-74.

land belegen. Auch die vermeintlich progressive Idee einer supranationalen europäischen Wirtschaftsregierung ist unter ist unter den gegenwärtigen Bedingungen tendenziell demokratiefeindlich, ökonomisch kontraproduktiv, politisch nicht zu realisieren und geeignet, die friedliche Koexistenz der Gesellschaften Europas zu zerstören.

Mehrere Dekaden fortschreitender europäischer Integration haben gezeigt, dass die Hoffnung, durch bloße Europäisierung die Basis einer funktionierenden Demokratie auf EU-Ebene zu schaffen, sich nicht erfüllt hat. Im Gegenteil: Anstatt der erhofften grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zeigt sich eine verstärkte Trennung entlang nationaler Linien – sowohl in ökonomischer als auch in demokratischer Hinsicht.<sup>2</sup>

### Ökonomisch kontraproduktiv: Der Lissabon-Weg der Europäisierung

Wenn wir aus den letzten beiden Dekaden vergleichender Kapitalismusforschung etwas gelernt haben, dann dass die europäischen Kapitalismen sich institutionell nach wie vor erheblich unterscheiden.<sup>3</sup> Gleichzeitig ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, dass die Bemühungen der Europäischen Kommission und des Gerichtshofes (EuGH), nach den Produktmärkten auch für die Arbeits- und Kapitalmärkte einen einheitlichen Rechtsrahmen zu schaffen, zu erheblichen Spannungen führen.

Dabei hat sich gezeigt, dass die Modelle eines institutionell gezähmten Kapitalismus, der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und eines solidarischen Wohlfahrtsstaats ganz besonders unter Druck der europäischen Regierungsebene geraten. Die Binnenmarktfreiheiten werden vom EuGH so weitgehend interpretiert, dass sich alle nur erdenklichen mitgliedstaatlichen Regulierungen als Beschränkungen des Binnenmarkts interpretieren lassen.<sup>4</sup> Dies wurde etwa bei den Angriffen der Kommission auf das deutsche öffentliche Bankwesen oder den Volkswagenkonzern deutlich sowie bei den Urteilen des EuGH zur Liberalisierung des Gesellschaftsrechts oder zur Arbeitnehmerentsendung. In den letzten Jahren hat sich diese Entwicklung sogar noch radikalisiert, etwa dadurch, dass der EuGH im Rahmen seiner berühmten Urteile zu „Viking“ und „Laval“ bestimmte Arbeitskämpfe für illegal erklärt und damit das Streikrecht den (rein wirtschaftlichen) „Grundfreiheiten“ – freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital – untergeordnet hat.<sup>5</sup> Das europäische Wettbewerbsrecht wird inzwischen auf immer mehr Sektoren angewendet, für die es eigentlich nicht gedacht war, etwa die öffentliche Daseinsvorsorge. Ganz generell verfolgt die Union seit langem eine ausge-

2 Vgl. Martin Höpner und Armin Schäfer, Grenzen der Integration – wie die Intensivierung der Wirtschaftsintegration zur Gefahr für die politische Integration wird, in: „Integration“, 1/2010, S. 3-20.

3 Vgl. Gregory Jackson und Richard Deeg, How Many Varieties of Capitalism? Comparing the Comparative Institutional Advantages of Capitalist Diversity, MPIfG Discussion Paper, 2/2006.

4 Vgl. Höpner/Schäfer, a.a.O.

5 Vgl. Martin Höpner, Usurpation statt Delegation: Wie der EuGH die Binnenmarktintegration radikalisiert und warum er politischer Kontrolle bedarf, MPIfG Discussion Paper, 8/2012; Markus Büchting und Felix Stumpf, Arbeitnehmerrechte im Sinkflug. Wie der europäische Gerichtshof Gewerkschaftsmacht aushebelt, in: „Blätter“, 6/2008, S. 83-91.

prägte Liberalisierungspolitik.<sup>6</sup> Schon vor diesem Hintergrund erscheint es ausgesprochen unrealistisch, dass noch stärkere Durchgriffsrechte der EU in eine andere Richtung führen würden.

Sowohl „organisierte“ als auch „liberale“, „fortgeschrittene“ wie auch „nachholende“ Kapitalismen benötigen jedoch gewisse Schutzrechte für ihre Institutionen, um erfolgreich zu funktionieren – wenn auch liberale, fortgeschrittene Kapitalismen hier weniger prekär sind. Die Beibehaltung des Euro in seiner heutigen zentralistischen Struktur und die Einführung zusätzlicher Zwangsmittel würde das Problem der institutionellen Heterogenität auf europäischer Ebene nur erheblich verschärfen, zumal diese Heterogenität durch eine Reihe von Erweiterungsrunden noch intensiviert wurde und viele Neumitglieder zügig dem Euro beitreten.<sup>7</sup>

Die Einführung des Euro hat den Mitgliedstaaten die, für viele ansonsten nicht konkurrenzfähige Produzenten essentielle, Option der Währungsabwertung entzogen. Gleichzeitig zeitigte die einheitliche, an einer durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum orientierte Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) fatale Folgen. So hätten die Zinssätze nach der Einführung des Euro in den Südländern eigentlich erhöht werden müssen, um den dort einsetzenden Boom zu kühlen, während die Zinssätze in Deutschland in den frühen 2000er Jahren zu hoch waren und dort zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt haben.

Allerdings erlaubte es das deutsche System der kollektiven Lohnfindung in dieser Situation, die Exporte durch temporäre Lohnzurückhaltung anzukurbeln. Zusammen mit der finanziellen Integration innerhalb der Eurozone hat dieser Mechanismus dazu geführt, dass sich die Verschuldung der Peripherie zunehmend intensivierte: Die Erlöse aus den deutschen Überschüssen konnten im Land nicht konsumiert werden und wurden im Rahmen ihrer Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten in die Südstaaten transferiert, wo sie eine erhebliche private Überschuldung ermöglicht haben. Im Zuge der jüngsten Bankenrettung wurde diese private Überschuldung dann in Staatsverschuldung transformiert.<sup>8</sup> Die verheerenden Folgen erleben wir momentan in Griechenland, in absehbarer Zeit möglicherweise auch in Portugal, Spanien und Italien.

Notwendig für den Erfolg des Euro wäre also unter anderem die Existenz eines vergleichsweise homogenen Wirtschaftsraums, mit relativ ähnlichen Institutionen. Damit aber stellt sich die Frage, was für ein „Monster“ eine EU sein müsste, die solche grundlegenden Angleichungen (etwa der Lohnfindungs-, Ausbildungs- und Steuersysteme) erzwingt.

Vor dem Hintergrund der damit einhergehenden Notwendigkeit einer Entmachtung der nationalen Parlamente erscheint das supranationalistische Projekt der EU noch problematischer. Die Demokratie auf nationaler Ebene

6 Vgl. Martin Höpner u.a., Liberalisierungspolitik. Eine Bestandsaufnahme des Rückbaus wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen in entwickelten Industrieländern, in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“, 1/2011, S. 1-32.

7 Vgl. Hubert Zimmermann, Die gnadenlose Euro-Logik, in: „Blätter“, 1/2012, S. 59-65.

8 Vgl. Fritz Scharpf, Monetary Union, Fiscal Crisis and the Pre-emption of Democracy, MPIfG Discussion Paper, 11/2011.

ist bereits jetzt nicht besonders vital<sup>9</sup> und ihr droht nun eine weitere massive Schwächung. Eine solche ist bereits in den vergangenen Monaten deutlich geworden, auch wenn man von den spektakulären, mittelbar in Zusammenhang mit EU-Auflagen stehenden Regierungswechseln in Griechenland und Italien und dem Verzicht auf das Referendum in Athen absieht. Die Maßnahmen der EU zur stärkeren Koordination der Wirtschaftspolitik wurden vor allem von den Exekutiven vorangetrieben und von den Parlamenten so bereitwillig durchgewunken, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht den Bundestag an seine Mitwirkungsrechte erinnern musste. Der geforderte Schritt zu einer Fiskalpolitik auf EU-Ebene würde den nationalen Parlamenten nun sogar ihr wichtigstes, seit dem 18. oder 19. Jahrhundert hart erstrittenes Recht empfindlich beschneiden – nämlich die Hoheit über Haushalt und Steuern.

Andererseits würde ein linksliberaler Supranationalismus, so die Gegenargumentation, immerhin dazu beitragen, die oligarchischen Gesellschaften Portugals, Griechenlands oder Süditaliens endlich durchgreifend zu demokratisieren. Vor dem Hintergrund verschiedener gescheiterter internationaler Demokratisierungsmissionen der letzten Jahre wird jedoch immer deutlicher, dass eine nachhaltige, tiefgreifende Demokratisierung kaum von außen erzwungen werden kann. Die griechische (portugiesische, süditalienische) Gesellschaft muss sich selbst der Herrschaft der Oligopole, des Klientelismus, ihrer teilweise „vorkapitalistischen“ Sozialstruktur entziehen, so wie auch in anderen Nationen Demokratie und ein funktionierendes Wirtschaftssystem weitgehend ohne äußere Intervention erkämpft wurden. Supranationaler Druck macht es hingegen reaktionären nationalen Eliten vergleichsweise einfach, ihre Position unter Verweis auf „böse internationale Mächte“ zu verteidigen – wie wir es gegenwärtig in Italien und Griechenland (im Vorfeld der Wahlen im April) täglich erleben.<sup>10</sup>

### Politisch nicht durchsetzbar

Abgesehen von den problematischen normativen Konnotationen eines linksliberalen Supranationalismus scheint es aber auch sehr zweifelhaft, dass dieser jemals politisch durchsetzbar wäre. Gerade linken Politikern würde es schwerlich gelingen, den supranationalen „Tiger“ zu reiten. Viele Generationen der kritischen sozialwissenschaftlichen Forschung zu Politik und Ökonomie der Europäischen Union haben uns gelehrt, dass die Union strukturell so angelegt ist, dass sie progressive politische Kräfte benachteiligt.<sup>11</sup> Ganz unabhängig von der jeweiligen personellen Besetzung von Parlament, Kom-

9 Vgl. Armin Schäfer, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft“, 1/2010, S. 131-156.

10 Übrigens bereits ein weitverbreitetes Legitimationsmuster bei der späteren politischen Degenerierung postkolonialer Befreiungsbewegungen, vgl. Hartmut Elsenhans, Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Frankfurt a. M. 1981.

11 Vgl. etwa Stephen Gill, European Governance and New Constitutionalism. Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: „New Political Economy“, 1/1998, S. 5-22; Bastiaan van Apeldoorn, Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration, London 2002.

mission oder Gerichtshof bevorzugt die rechtliche Grundkonstruktion der EU die wirtschaftliche Liberalisierung, so wie sie bereits in den Grundfreiheiten verankert ist und in späteren Vertragsrevisionen vertieft wurde. Während das europäische Recht gut geeignet ist, weiterer negativer Integration (etwa der Abschaffung von Markthürden) Vorschub zu leisten, sind die Hürden für positive Integration (wie beispielsweise die gemeinsame Schaffung von Marktregulierungen) umso höher.<sup>12</sup>

Verstärkt wird dieses Ungleichgewicht noch durch die unterschiedliche Organisationsfähigkeit von Kapital und Arbeit auf supranationaler Ebene. Hier sind die europäischen Institutionen weitaus besser für Industrie- und Arbeitgeberverbände zugänglich als für die – im Vergleich zur nationalen Ebene insbesondere in Staaten wie Deutschland – schwach repräsentierten Gewerkschaften. Zudem verhindert die „strategische Passivität“ der Arbeitgeber, die davon absehen, sich in einem schlagkräftigen Verband auf europäischer Ebene zu organisieren, die Herausbildung jenes funktionsfähigen Euro-Korporatismus, der für einen progressiven Supranationalismus essentiell wäre.<sup>13</sup> Angesichts dieser Konstellation erscheint eine Unterstützung weiterer Schritte in Richtung einer supranationalen Union sehr gefährlich, ist doch die Wahrscheinlichkeit groß, dass dieser Kompetenzzuwachs für eine Politik genutzt wird, die mit den hier geteilten Werten wenig zu tun hat.

### Strukturelle Überforderung

Allein die Überwachung der Fiskalpolitik in den Mitgliedstaaten würde eine unglaubliche Belastung der bereits jetzt administrativ überforderten Kommission darstellen. Noch besorgniserregender ist aber, dass eine Übertragung weiterer Hoheitsrechte auf die europäische Ebene kaum Unterstützung in den Gesellschaften Europas finden würde und allenfalls das Projekt einer transnationalen Elite in Wirtschaft und Politik wäre. Durch die Verknüpfung der jüngsten EU-Kompetenzausweitung mit der von der Bundesregierung durchgesetzten Austeritätspolitik ist zudem damit zu rechnen, dass weitere Schritte in diese Richtung weithin als deutsches Dominanzstreben wahrgenommen werden – selbst wenn sie mit progressiven politischen Inhalten verknüpft wären. Ganz abgesehen davon, dass aus der Perspektive von Skandinavien oder Großbritannien mehr Supranationalismus ohnehin keine Option darstellt, wären daher bei einer weiteren Supranationalisierung verstärkte Spannungen zwischen den europäischen Gesellschaften zu erwarten.

Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, aber auch angesichts der Gefahr einer nachhaltigen Diskreditierung des gesamten europäischen Projekts, ist die Erzwingung eines föderalen Europa durch die deutsche Regierung und die europäischen Institutionen daher hochproblematisch.

12 Vgl. Fritz Scharpf, Was man von einer Europäischen Verfassung erwarten und nicht erwarten sollte, in: „Blätter“, 1/2003, S. 49-59.

13 Vgl. Armin Schäfer und Wolfgang Streeck, Korporatismus in der Europäischen Union, in: Martin Höpner und Armin Schäfer (Hg.), Die Politische Ökonomie der europäischen Integration, Frankfurt a. M. 2008, S. 203-240.

## Die Alternative: Eingebetteter Liberalismus

Wie aber hätte – angesichts der Skepsis gegenüber einer weiteren Supranationalisierung – eine überzeugende Alternative auszusehen?

Internationale Solidarität zugunsten der Verlierer der Finanzkrise ist vor dem Hintergrund einer gefestigten nationalen Souveränität im Endeffekt vermutlich leichter zu realisieren als durch supranationalen Druck. Ein Modell, das in dieser Hinsicht seine Funktionsfähigkeit bereits bewiesen hat, ist der „eingebettete Liberalismus“ (John Ruggie) der 1950er und 1960er Jahre, einer Zeit, die von Erik Hobsbawm auch als das „Goldene Zeitalter“ bezeichnet wurde und sich durch Vollbeschäftigung und breit gestreute Wohlstandsmehrung hervorhob.<sup>14</sup>

Abgesichert wurde diese Phase des Kapitalismus durch ein multilaterales Währungsregime und langfristige finanzielle Transfers zugunsten der (Re-)Industrialisierung der schwächeren Ökonomien. Diese Form der Organisation der grenzüberschreitenden Wirtschaft zeichnete sich weiterhin durch einen relativ freien Handel aus, verbunden mit großen Autonomiespielräumen für die Gestaltung nationaler Wirtschaftsinstitutionen und einer strengen Regulierung transnationaler Kapitalmärkte. Damit einher gingen relativ hohe Wachstumsraten und vergleichsweise geringe soziale Ungleichheiten, was unter anderem auf einer starken Rolle der Gewerkschaften und dem Ausbau des Sozialstaats basierte; letzterer diente auch zur Kompensation (und Weiterqualifikation) der Verlierer des freien Handels.<sup>15</sup>

Natürlich kann es heute nicht um eine Rückkehr in die 60er Jahre gehen – zumal zu deren gesellschaftspolitischen Konservativismus –, aber die damalige Organisation des globalen Kapitalismus kann durchaus als Inspiration für eine Europäische Union dienen, die sich der Liberalisierungsspirale entziehen und essentielle soziale Institutionen schützen will. Eine solche EU würde auch Schutzzräume für nachholende Entwicklungsprozesse bieten, insofern sie etwa ihren Mitgliedstaaten an der Peripherie erlauben sollte, Unternehmen gegen feindliche Übernahmen über die Kapitalmärkte zu schützen, um ihnen damit eine „nachholende Industrialisierung“ zu ermöglichen.

Daher spricht viel dafür, dass der Euro in seiner heutigen zentralistischen Struktur nicht gehalten werden sollte. Unterstützung finden könnte dagegen eine Aufspaltung des bisherigen Euro-Raums in zwei oder mehrere Währungs-zonen mit jeweils untereinander relativ ähnlichen Kapitalismusvarianten und einem System fester, aber mittelfristig anpassungsfähiger Wechselkurse. Mit der EZB und den jüngst geschaffenen Rettungsschirmen würden zudem Institutionen bereitstehen, die – analog zur Rolle des Internationalen Währungsfonds im System von Bretton Woods – die Rolle eines Europäischen Währungsfonds übernehmen können. Auch eine „Weltbank“ zur Finanzierung der nachholenden Industrialisierung in der europäischen Peripherie gibt

14 Vgl. John Ruggie, *International Regimes, Transactions, and Change. Embedded Liberalism in the Post-war Economic Order*, in: „*International Organization*“, 1/1982, 379-415; Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Teil 2*, München 1995.

15 Vgl. Ethan B. Kapstein, *Sharing the Wealth. Workers and the World Economy*, New York 1999.

es bereits – nämlich in Form der Europäischen Investitionsbank (wobei alle genannten EU-Institutionen durchgreifend demokratisiert werden müssten). Die Aufspaltung Europas in größere Währungsblöcke würde auch weiterhin eine gewisse Ausbalancierung Deutschlands ermöglichen – immerhin der eigentliche Grund zur Einführung des Euro im Rahmen des Vertrags von Maastricht. Sie würde zugleich die befürchteten Wohlfahrtsverluste durch Devisentransaktionen zwischen einer Vielzahl von Einzelwährungen begrenzen.

Sicherlich wäre eine entsprechende Übergangsphase durchaus turbulent und durch die notwendigen Hilfsprogramme für die südeuropäische Bevölkerung kurzfristig auch für den Norden Europas teuer, aber langfristig sind die Vorzüge erheblich – insbesondere durch die wiedergewonnene Abwertungsoption in den Ökonomien der Peripherie. Deutsche Unternehmer, selbst der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, haben bereits erklärt, dass auch die deutsche Exportwirtschaft ohne den Euro und mit der entsprechenden Aufwertung gut leben könnte.<sup>16</sup>

### Die Notwendigkeit der De-Finanzialisierung

Was die Folgen eines Auseinanderbrechens des Euro anbelangt, hat ein Großteil der transnational mobilen Anleger dieses schon vorweggenommen und ist bereits in deutsche Aktien und Anleihen geflüchtet. Mittelfristig dürften sich der kurzfristig sicherlich erfolgende Aufwertungsdruck im Zentrum sowie die steigenden Zinsmargen an der Peripherie daher deutlich verringern.

In die gleiche Richtung wirken würden die mit dem Projekt eines „eingebetteten Liberalismus“ notwendig verbundenen Maßnahmen zur Bändigung der transnational mobilen Kapitalanleger. Ganz essentiell wäre der systematische Rückbau jener durchgreifenden Finanzialisierung, die wir in den letzten drei Dekaden auch in der Europäischen Union beobachtet haben.<sup>17</sup> Ohne die radikale Verlagerung der Reichtumsproduktion von den realwirtschaftlichen Produktionsprozessen zu den Finanzmärkten wäre die aktuelle Liquiditätskrise unmöglich gewesen, da die europäischen Realwirtschaften nicht von einer amerikanischen Bankenpleite in die Krise gerissen worden wären. Auch die Transformation der Bankenkrise in eine staatliche Liquiditätskrise hätte ohne die Notwendigkeit der Rettung großer Finanzinstitute nicht stattgefunden. Zudem könnte man durch De-Finanzialisierung im Vorfeld einer Euro-Reform die ärgsten Turbulenzen vermeiden – etwa indem man durch staatliche Zwangskapitalisierung von Banken Zusammenbrüche verhindern und durch Zahlungsverkehrskontrollen die Kapitalflucht begrenzen würde.

Mit dieser Stärkung der Realwirtschaft im Zuge eines modernen *embedded liberalism* dürften schließlich auch die dringend notwendigen Schritte zur binnengesellschaftlichen Vermögensumverteilung wieder leichter zu realisie-

<sup>16</sup> Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 10.11. 2011.

<sup>17</sup> Vgl. Marcel Heires und Andreas Nölke, Das neue Gesicht des Kapitalismus – Finanzkrisen in Permanenz? In: „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, 9/2011, S. 25-28.



ren sein.<sup>18</sup> Dieser Schritt könnte durch die steigende Binnennachfrage in den reichen Nordstaaten – zusammen mit den Effekten der Währungs- bzw. Abwertungen – schließlich auch zu einer Reduktion der starken Ungleichgewichte in der europäischen Ökonomie führen. In den Ländern der Peripherie sind die Vorzüge des Euro (vor allem niedrigere nominale Zinsen) in den letzten Jahren ohnehin immer geringer geworden, weil die von den transnationalen Finanzanlegern geforderten Zinssätze inzwischen auch mit dem Euro deutlich steigen. Entscheidend für eine tragbare Belastung durch den Schuldendienst ist daher ein realistisches Wachstumsmodell in diesen Ländern und weit weniger die deutsche Haftungsgemeinschaft für den Euro.

### **Scheitert Europa, wenn der Euro scheitert?**

Nun wird gerne – insbesondere von Bundeskanzlerin Angela Merkel – behauptet, dass bei einem Scheitern des derzeitigen Euro-Systems die Europäische Union scheitern würde. Bei näherer Betrachtung ist dies allerdings nur ein Drohszenario, um das eigene Austeritätsregime durchzusetzen. Der gemeinsame Binnenmarkt, insbesondere der Gütermarkt, hat den Euro nie benötigt und würde auch weiterhin gut funktionieren. Gleiches gilt für die europäischen Institutionen. Auch die vielfältigen positiven Errungenschaften der EU, etwa im Bereich der Gleichstellung, des Umweltschutzes und der Strukturpolitik, beruhen nicht auf dem Euro – es gab sie vorher und sie werden auch nach seiner Restrukturierung funktionieren.

Eine „Integration unterhalb der Ebene einer supranationalen Verfassung“<sup>19</sup> dürfte problemlos funktionieren, zumal eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten dem Währungsverbund ohnehin ferngeblieben ist. Den aktuellen Promotoren der ökonomischen Liberalisierung, der Kommission und dem Gerichtshof, müsste allerdings politisch signalisiert werden, dass es Grenzen für die Durchsetzung einer uferlosen Mobilität von Produktionsfaktoren in der Union gibt. Diese Grenzen ergeben sich insbesondere aus dem Schutz jener Institutionen, die für nationale Entwicklungsmodelle essentiell sind. In Deutschland sind diese etwa die öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken, die Mitbestimmung oder das duale Ausbildungssystem – allesamt Institutionen, die seit geraumer Zeit aus Brüssel attackiert werden. Die ökonomischen Grundfreiheiten sollten also auf ihre ursprüngliche Funktion zurückgestutzt werden – nämlich als Diskriminierungsverbot, welches sicherstellt, dass Ausländer auf dem europäischen Binnenmarkt nicht schlechter gestellt werden als Inländer.<sup>20</sup>

Dem häufig vorgetragenen Argument, wonach die Restrukturierung des Euro gerade angesichts des Aufstiegs der großen Schwellenländer auf globaler Ebene zu einer Schwächung Europas führen würde, steht entgegen, dass

18 Vgl. Nicola Liebert, Die Chance der Krise: Vermögenssteuer jetzt! In: „Blätter“, 11/2011, S. 41-45.

19 Werner Abelshäuser, Deutschland, Europa und die Welt, in: FAZ, 9.12.2011.

20 Vgl. Fritz Scharpf, „Der einzige Weg ist, dem EuGH nicht zu folgen“ (Interview), in: „Die Mitbestimmung“, 7+8/2008, S. 18-23; Höpner, Usurpation..., a.a.O.



die hier skizzierte Form der Wirtschaftsverfassung einer Kooperation mit den großen Schwellenländern wesentlich zuträglicher sein dürfte als die bisher verfolgte Strategie des Exports europäischer (und US-amerikanischer) Durchliberalisierung.

Insbesondere gegen die in den vergangenen Jahren zunehmend verfolgte Strategie der „tiefen Integration“, also der grenzüberschreitenden Harmonisierung von Institutionen wie der Wettbewerbspolitik oder *Corporate Governance* unter liberalen Vorzeichen, regt sich globaler Widerstand. Ein Wirtschaftssystem jedoch, das zwar auf Freihandel beruht, aber unter Verzicht auf Finanzliberalisierung und die Übertragung liberaler Wirtschaftsinstitutionen, ist für die aufstrebenden Staaten des globalen Südens weit eher akzeptabel. Es entspricht tendenziell den in den Schwellenländern vorherrschenden Wirtschaftsinstitutionen, die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Aufholprozesse ebenfalls entsprechender Schutzmechanismen bedürfen, auch wenn sie grundsätzlich dem Prinzip des freien (Waren-)Handels zustimmen.<sup>21</sup>

Und ein derartiges „Modell kooperativer Stabilität“<sup>22</sup>, das auf der gegenseitigen Anerkennung eines legitimen Interesses an Autonomie beruht und auf internationale Kooperation statt auf Zwang und Ausnutzung von Machtungleichgewichten setzt, entspricht zudem am ehesten einer wünschenswerten Gestaltung der internationalen Politik in einer Phase der langsamen Erosion der US-amerikanischen Hegemonie. Die Entwicklung von Reindustrialisierungsstrategien könnte in einer Ära der De-Finanzialisierung zudem auch als Projekt zur Wiederbelebung der transatlantischen Kooperation taugen.

Dieses Projekt eines sozial eingebetteten Liberalismus mag zu Beginn der 2010er-Jahre möglicherweise exotisch klingen; es ist aber weitaus realistischer als eine progressiv ausgestaltete supranationale Union und zudem politisch und juristisch leichter umzusetzen. Während das Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil weiteren grundlegenden Kompetenztransfers auf die europäische Ebene einen Riegel vorgeschoben hat, haben die jüngsten Maßnahmen zur Rettung des Euro demonstriert, wie dehnbar die europäischen Rechtsnormen sein können. Der *embedded liberalism* ist dagegen den politisch wahrscheinlichen Alternativoptionen einer autoritären Austeritätsunion à la Merkel oder einem konfrontativen Aufbrechen der Europäischen Union vor dem Hintergrund eines explodierenden Rechtspopulismus sicher vorzuziehen. Anders als ein autoritärer Supranationalismus könnte das Projekt eines liberalen internationalen Systems, das mit durchgreifenden Schutzrechten für nationale ökonomische Institutionen und solidarischen Unterstützungsmaßnahmen (anstatt unüberschaubarer Transfers zur Rettung der Banken) verknüpft ist, Unterstützung von großen Teile der europäischen Gesellschaften erfahren – von den Gewerkschaften über die zivilgesellschaftlichen Bewegungen bis tief ins mittelständische Unternehmerlager.

21 Vgl. Simone Claar und Andreas Nölke, Tiefe Integration, in: „Entwicklung und Zusammenarbeit“, 3/2010, S. 114-117; Andreas Nölke und Heather Taylor, Non-Triad Multinationals and Global Governance. Still a North-South Conflict? In: Morten Ougaard und Anna Leander (Hg.), *Business and Global Governance*, London 2010, S. 156-177.

22 Hans-Jürgen Urban, Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus, in: „Blätter“, 7/2011, S. 77-88.

Das gilt umso mehr, als die Unterstützung des Merkelschen Austeritätsmerkantilismus ohnehin zusammenbrechen wird, wenn nämlich – durch das zwangsläufige Wegbrechen von Märkten in der Peripherie – auch mehr und mehr Deutsche erkennen werden, dass das eigene Wachstum auf Kosten anderer langfristig nicht möglich ist. Da zudem die bisher beschlossenen Schritte zur Finanzmarktregulierung noch zu keiner grundlegenden Reform des internationalen Finanzsystems geführt haben, ist die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Welle der Finanzkrise sehr hoch. Diese zweite Welle wird aber im Vergleich zur ersten weit weniger glimpflich ausgehen, da die fiskalischen Optionen der Staaten nun erschöpft sind.<sup>23</sup> Dann spätestens sollte die reformistische Linke ein überzeugendes Projekt vorweisen können; ansonsten könnte die chauvinistisch-nationalistische Rechte ihre Wiederauferstehung feiern. Grund genug also, dem dumpfen rechten einen aufgeklärten<sup>24</sup> linken Protektionismus entgegenzuhalten.

23 Vgl. Wolfgang Streeck, Noch so ein Sieg, und wir sind verloren. Der Nationalstaat nach der Finanzkrise, in: „Leviathan“, 2/2010, S. 159-173.

24 Vgl. Martin Höpner, Für einen aufgeklärten Protektionismus, in: „Die Mitbestimmung“, 3/2012, i. E.

Anzeige

**PapyRossa Verlag** | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



**Basiswissen**  
Politik / Geschichte / Ökonomie

**Georg Fülberth:**  
**»Das Kapital«  
kompakt**

Pocketformat | 123 Seiten  
978-3-89438-452-4  
9,90 Euro

Diese Einführung in »Das Kapital« zeichnet dessen Gesamtargumentation nach. Dabei legt sie besonderes Gewicht auf den 3. Band, übernimmt die Rehabilitation der reinen Arbeitswertlehre aus dem 1. Band und zeigt, wie sich die Analyse des Kapitalismus und die Möglichkeit seiner Aufhebung zueinander verhalten.



**Basiswissen**  
Politik / Geschichte / Ökonomie

**Faschismus**  
**Guido Speckmann  
Gerd Wiegel:**  
**Faschismus**

Pocketformat | 127 Seiten  
978-3-89438-473-9  
9,90 Euro

Guido Speckmann und Gerd Wiegel entfalten Begriff und Geschichte des Faschismus in drei Schritten: Zuerst stellen sie die wichtigsten Analysen vor. Sodann überprüfen sie deren Tragfähigkeit anhand der faschistischen Bewegungen und Regime in Deutschland und Italien. Abschließend fragen sie nach den faschistischen Potenzialen der Gegenwart.

Tel. (0221) 44 85 45 | Fax (0221) 44 43 05 | [www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de) | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)